

halten. Die Ausnahme- oder Härtefallklausel bedeutet auch keine allgemeine Verhältnismässigkeitsprüfung, sondern betrifft eben die Jugendliebe. Eine Sonderausnahme für die Jugendliebe würde höchstens zu Abgrenzungsschwierigkeiten und allenfalls Rechtsunsicherheit führen. Sie ist nicht mehr nötig.

Die Minderheit möchte die Sonderausnahme für die Jugendliebe beibehalten. Sie ist der Ansicht, dass dieses Anliegen im Gesetz spezifisch erwähnt werden müsse, da die Jugendliebe bereits im Abstimmungskampf zur Initiative permanent ein Thema gewesen und weil diese Ausnahme damals explizit versprochen worden sei.

Unsere Kommission beschloss mit 13 zu 11 Stimmen, dem Ständerat zu folgen.

Einig ist sich die RK-NR, dass die Härtefallklausel, deren Entwicklung Zeit braucht, im Gesetz eine äusserst wichtige Funktion hat. Frau Bundesrätin Sommaruga hat es bereits erwähnt: Das Bundesamt für Justiz wird dazu nach ungefähr drei Jahren eine Evaluation vornehmen.

Eine weitere redaktionelle Differenz liegt bei den Artikeln 55 und 67 des Strafregistergesetzes vor. Es geht hier wieder nicht um eine inhaltliche Differenz, sondern um eine Anpassung als Folge der Beschlüsse bei Artikel 67 Absatz 4 und Artikel 371a Absätze 1 und 2 StGB. Unsere Kommission hat eine Notiz des Sekretariates betreffend die Artikel 369, 369a und 371a StGB erhalten. Die Notiz enthält eine redaktionelle Frage und eine Frage der Koordination. Die RK-NR hat, wie schon die RK-SR, ohne Gegenstimme beschlossen, der Redaktionskommission den Auftrag zu erteilen, die beiden Fragen zu klären.

Ich bitte Sie, bei den drei Differenzen dem Ständerat und damit der Mehrheit unserer Kommission zu folgen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.048/16624)

Für den Antrag der Mehrheit ... 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 81 Stimmen

(1 Enthaltung)

Ziff. 3 Titel; Art. 55 Abs. 1, 1bis, 2, 4; 67 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 3 titre; art. 55 al. 1, 1bis, 2, 4; 67 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Le président (de Buman Dominique, président): L'objet est ainsi prêt pour le vote final.

18.9001

Mitteilungen des Präsidenten

Communications du président

Le président (de Buman Dominique, président): J'aimerais rendre hommage à des collègues qui ont joué un rôle dans une exposition à caractère culturel qui a lieu actuellement dans le palais.

Vous avez certainement vu que, depuis le début de la session, Gottlieb Duttweiler nous accueille à l'entrée du Palais du Parlement. Fondateur de la Migros, cet homme politique suisse a siégé tantôt au Conseil national, tantôt au Conseil des Etats pour les cantons de Berne et de Zurich. Juste à côté de mon bureau trône Alfred Escher, politicien zurichois, président du Conseil national entre 1849 et 1863, tandis que le hall de la coupole abrite pour la première fois trois femmes

confédérées: Johanna Spyri, Gilberte de Courgenay et Marie Tussaud.

Ces sculptures disséminées dans le bâtiment font partie d'un lot de vingt pièces réalisées à partir de bois suisse. Elles sont les ambassadrices de la campagne "Woodvetia – Mobilisés pour le bois suisse", lancée en 2017 par l'Office fédéral de l'environnement et le secteur suisse du bois et de la forêt afin de sensibiliser la population au bois indigène. Ainsi, l'effigie de Gottlieb Duttweiler a été taillée dans de l'if, et celle d'Alfred Escher dans du chêne.

Cette exposition sera également présentée au public à l'occasion de la prochaine Nuit des musées. En effet, le 16 mars prochain, le Palais du Parlement ouvrira pour la quinzième fois ses portes aux noctambules; des animations seront proposées de 18 heures à 2 heures du matin.

J'en viens à l'hommage: ce sont notamment deux de nos collègues, Monsieur Daniel Fässler et Madame Silvia Flückiger – bon équilibre – qui sont à la base de cette exposition, eux qui sont actifs dans le domaine du bois, j'aimerais les féliciter et les remercier de cette animation. (*Applaudissements*)

13.100

Obligationenrecht.

Verjährungsrecht

Code des obligations.

Droit de la prescription

Differenzen – Divergences

Nationalrat/Conseil national 25.09.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.12.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 07.03.18 (Differenzen – Divergences)

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts)

Code des obligations (Révision du droit de la prescription)

Art. 60 Abs. 1bis; 128a

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 60 al. 1bis; 128a

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Le président (de Buman Dominique, président): Je donnerai exceptionnellement d'abord la parole aux rapporteurs, puisque cet objet a été traité il y a déjà quelque temps.

Pardini Corrado (S, BE), für die Kommission: Die Vorlage, die wir nun beraten, geht auf eine Motion unserer Kommission aus dem Jahre 2007 (07.3763) zurück. Es sind also schon mehr als zehn Jahre vergangen, in denen wir uns mit dieser Fragestellung rund um die Asbestopfer auseinandersetzen. Diese Motion verlangt eine Verbesserung des Verjährungsrechts bei Spätschäden. Neben dem Paradebeispiel der Asbestfälle stand man damals auch unter dem Eindruck der Brandkatastrophe von Gretzenbach im Kanton Solothurn im

Jahr 2004, bei der sieben Feuerwehrleute starben, als bei einem Brand die Decke einer Tiefgarage einbrach. Gemäss dem parlamentarischen Auftrag legte der Bundesrat im Jahr 2013 Botschaft und Entwurf für eine Teilrevision des Verjährungsrechts vor. Die Vorlage besteht politisch betrachtet aus zwei Teilen: auf der einen Seite aus eher technischen, punktuellen Verbesserungen im Verjährungsrecht, die auf ein früheres Revisionsprojekt des Haftpflichtrechts zurückgehen. Auf der anderen Seite geht es um die neue Regelung von zukünftigen Spätschäden, ausgehend von den schmerzlichen Erfahrungen mit Asbest.

Unser Rat hat die Vorlage am 25. September 2014 als Erstrat beraten. Im ersten, technischen Teil sind wir mit einigen wenigen Anpassungen dem Bundesrat gefolgt. Im zweiten Teil, bei den Spätschäden, haben wir uns für eine neue, besondere absolute Verjährungsfrist bei Personenschäden von zwanzig Jahren entschieden, nachdem der Bundesrat hier dreissig Jahre vorgeschlagen hatte.

Wir haben damals sowohl weiter gehende wie auch weniger weit gehende Minderheitsanträge abgelehnt. Auf eine besondere Regelung für Asbestschäden haben wir damals unter Hinweis auf die weitere Beratung der Vorlage im Ständerat verzichtet, auch wenn die Schweiz im März 2014 in einem Asbestfall vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg verurteilt worden war, weil seiner Ansicht nach das Recht auf Zugang zum Gericht im konkreten Fall verletzt worden war.

Der Ständerat hat dann die Vorlage am 15. Dezember 2015 beraten. Auch er hat sich bei den technischen Punkten im Kern dem Bundesrat und damit unserer Rat angeschlossen. In zwei dieser eher technischen Punkte hat er eine Differenz geschaffen; dazu komme ich noch.

Demgegenüber hat sich der Ständerat gegen eine Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist bei Personenschäden auf zwanzig oder dreissig Jahre ausgesprochen, mit 23 zu 21 Stimmen allerdings nur knapp. Daneben hat der Ständerat mit 33 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung eine übergangsrechtliche Sonderregelung für Asbestschäden beschlossen. Diese Bestimmung ist vor dem Hintergrund des erwähnten Asbesturteils sowie der damals laufenden Bemühungen am runden Tisch Asbest zu sehen. Dieser war von Bundesrat Alain Berset am 26. Februar 2015 unter der Leitung von alt Bundesrat Moritz Leuenberger mit dem Ziel eingesetzt worden, unter Einbezug sämtlicher Beteiligten und Betroffenen eine Lösung zur Verbesserung der Situation von Asbestopfern zu finden, insbesondere für solche ohne Leistungen aus der Unfallversicherung.

Unsere Kommission hat die weitere Beratung der Verjährungsvorlage im Jahr 2016 in einem ersten Schritt sistiert, um den damals laufenden Beratungen und Bemühungen am runden Tisch Asbest nicht vorzugreifen und den Beteiligten Gelegenheit für eine einvernehmliche Lösung des gesamten Asbestproblems zu geben. Die Gruppe am runden Tisch Asbest war aus Vertretern der Gewerkschaften, Arbeitgeber und Versicherer wie auch Opfervertretern, Vertretern des Bundesamtes für Sozialversicherungen und des Bundesamtes für Justiz zusammengesetzt. Auch die Suva war mit von der Partie. Der runde Tisch Asbest beendete am 30. November 2016 seine Tätigkeit. In der Folge wurde aus dem Prozess dieses runden Tisches heraus im März 2017 die Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer gegründet. Sie hat ihre Tätigkeit am 3. Juli 2017 aufgenommen.

Wir haben in Ihrer Kommission die Beratungen schliesslich am 12. Januar 2017 wieder aufgenommen und nochmals Anhörungen durchgeführt. Am 1. September 2017 hat die Kommission mit 13 zu 11 Stimmen beschlossen, das Verfahren auf Abschreibung der Vorlage nach Artikel 90 des Parlamentsgesetzes einzuleiten. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständersates ist diesem Antrag am 26. Oktober 2017 mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen klar nicht gefolgt. An der Sitzung vom 25. Januar 2018 hat unsere Kommission Vertreter der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer angehört und abschliessend die verbleibenden vier Differenzen behandelt, auf die ich zu sprechen kommen werde, so dass die Vorlage nun für den Rat zur Differenzbereinigung bereitliegt.

Ganz wichtig für die Kommission war die Tatsache, dass die ganze Übungsanlage auf einem breitangelegten Kompromiss beruht. Ich habe es vorhin gesagt: Gewerkschaften und Arbeitgeber, also die klassischen Sozialpartner, aber auch die Opfer, die Vertreter der Opfer, die Bundesämter, die Suva, die Versicherungen – alle am runden Tisch sind sich einig, dass die Lösung, die gefunden worden ist, eine Lösung ist, die endlich, endlich den Personen, die durch Asbest zu Schaden gekommen sind und nicht versichert waren, ermöglicht, dass sie nun endlich zu ihrem Recht kommen. Die Stiftung funktioniert. Sie ist unbürokratisch und hilft den Menschen, die vom Asbest betroffen sind und deren Schädigungen nicht durch Versicherungen gedeckt waren. Das waren zum Teil Handwerker, Selbstständigerwerbende, es waren aber auch Ehefrauen, die beim Waschen der Kleidung der Asbestopfer sich damit kontaminierten und bei denen dann die Krankheit ausgebrochen ist. Sie alle kommen unbürokratisch zu ihrem Recht.

Zwingend für die Alimentierung dieses Fonds durch die Wirtschaft ist Rechtssicherheit. Dieser runde Tisch hat uns klar mit auf den Weg gegeben, dass sie für die Vorlage, wie sie heute die Mehrheit Ihrer Kommission vertritt, einsteht. Die zwanzigjährige Verjährungsfrist ist mit diesem Paket ausgehandelt worden. All diejenigen, die diesen Kompromiss torpedieren, torpedieren gleichzeitig auch – das war für die Kommission entscheidend bei ihrer Entscheidfindung – die unbürokratische Lösungsfindung des runden Tisches und somit auch des Fonds, der den Asbestopfern die Entschädigungen ausbezahlen soll.

Dieser Fonds braucht Rechtssicherheit. Heute haben wir die Gelegenheit, diese zu schaffen, wenn wir die vier Differenzen bereinigen, wie es Ihnen die Mehrheit der Kommission beantragt.

Kern der Differenzbereinigung sind Artikel 60 und Artikel 128a. Die Kommission beantragt Ihnen mit 15 zu 9 Stimmen eine zwanzigjährige Verjährungsfrist. Der Bundesrat beantragte dreissig Jahre. Ihre Kommission hat den Kompromiss des runden Tisches zum Anlass genommen, die Frist auf zwanzig Jahre festzulegen. Eine Minderheit der Kommission möchte beim geltenden Recht bleiben und die Verjährungsfrist bei zehn Jahren belassen. Entscheidend in der Debatte war nebst dem Kompromiss des runden Tisches der Entscheid des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der klar gesagt hat, dass die zehnjährige Verjährungsfrist nicht ausreiche, weil sie den Opfern den Zugang zum Gericht versperrt.

Weiter besteht eine Differenz bei Artikel 134 Absatz 1 Ziffern 6, 7 und 8. Dort geht es um den Stillstand der Verjährung während des Prozesses. Diese Bestimmung fand eigentlich für interkantonale Auseinandersetzungen Eingang in das Gesetz. Die Kommission hat dem Umstand Rechnung getragen, dass es auch internationale Auseinandersetzungen geben könnte. Wir möchten im Sinne des Rechtsschutzes der Opfer die Möglichkeit einer Sistierung haben, solange die Verhandlungen laufen, damit auch hier die Möglichkeit besteht, rechtzeitig Zugang zum Recht zu finden.

Zu guter Letzt besteht die Differenz mit dem Ständerat in den Übergangsbestimmungen, die alternativ zur Verlängerung der Verjährungsfrist gedacht waren. Ihre Kommission empfiehlt Ihnen, auf diese zu verzichten.

Summa summarum kann ich Ihnen hier sagen, dass endlich ein Kompromiss gefunden wurde. Das war ein langwieriger Prozess, über zehn Jahre haben wir uns mit dieser Gesetzgebung auseinandergesetzt. Heute haben wir eine Lösung, die es den Asbestopfern erspart, und das ist für die Kommission der entscheidende Punkt, ihre Rechte mühsam vor Gericht einzuklagen. Das ist in diesem Paket eigentlich eingeschlossen. Mit diesem Fonds verpflichten sich die Asbestopfer, auf eine Klage zu verzichten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Mehrheiten zu folgen.

Heim Bea (S, SO): Ich finde, es ist ein sehr wichtiges Geschäft. Ich möchte aber trotzdem eine Frage stellen. Sie wissen, dass Asbest noch nach vierzig Jahren Krebs auslösen kann. Welches sind die sachlich-medizinischen Argumente, die die Kommission davon überzeugt haben, vom Vorschlag



des Bundesrates für eine Verjährungsfrist von dreissig Jahren abzurücken?

Pardini Corrado (S, BE), für die Kommission: Es waren nicht sachlich-medizinische Überlegungen, die den Ausschlag geben, vielmehr war es die Frage, ob wir einen austarierten, breitabgestützten Kompromiss übernehmen wollen, der eine unbürokratische Behandlung der Asbestfälle ermöglicht. Das war für die Kommission entscheidend; die medizinisch-technischen Aspekte wurden weniger gewichtet.

Schwander Pirmin (V, SZ): Mit wie viel Geld muss der Fonds nach Meinung der Kommission alimentiert werden, damit der breitangelegte Kompromiss dann auch so funktioniert?

Pardini Corrado (S, BE), für die Kommission: Genaue Zahlen wurden nicht genannt. Die Wirtschaft hat sich verpflichtet, hier Beiträge zu leisten. Einige Millionen Franken wurden bereits zugesprochen, wie auch aus den Medien zu erfahren war. Wie viel genau der Fonds braucht, um für alle Asbestschäden aufzukommen bzw. den Asbestopfern die Entschädigungen zukommen zu lassen, wurde nicht genau eruiert. Entscheidend ist aber: Die Basis wurde geschaffen, der Fonds funktioniert, und die Wirtschaft hat sich verpflichtet, die Gelder zu sprechen. Eine genaue Zahl im Auftrag der Kommission kann ich Ihnen aber nicht mitteilen.

Merlini Giovanni (RL, TI), pour la commission: Cette révision du droit de la prescription nous occupe désormais depuis 2014. Le 25 septembre de cette année-là, notre conseil approuvait le projet du Conseil fédéral avec des modifications, par 84 voix contre 45 et 59 abstentions. Le 25 février 2015 était instituée la table ronde sur l'amiante, avec le mandat de trouver des solutions consensuelles pour améliorer la situation des personnes malades et de leurs proches. Le 15 décembre 2015, le Conseil des Etats approuvait le projet de loi sans opposition et 8 abstentions, et il adoptait en même temps une disposition transitoire spécifique pour les victimes de l'amiante. Le 3 novembre 2016, votre commission prenait connaissance du rapport intermédiaire de la table ronde. La même table ronde publiait son rapport final le 19 décembre 2016. Le 12 janvier 2017, votre commission a procédé à des auditions sur la question de l'amiante et de ses effets sur le droit de la prescription.

Le 28 mars 2017 a été constituée la fondation pour un fonds d'indemnisation des victimes de l'amiante, laquelle a entamé ses activités le 3 juillet 2017. Le 1er septembre 2017, la commission a décidé, par 13 voix contre 11 et aucune abstention, de proposer à son conseil le classement de cet objet, conformément à l'article 90 de la loi sur le Parlement. La commission sœur, le 26 octobre 2017, s'est opposée au classement, par 11 voix contre 0 et 2 abstentions, ce qui a obligé votre commission à se prononcer encore une fois à ce sujet le 25 janvier dernier. Lors de cette séance, elle a entendu une délégation de la fondation et a longuement débattu de la question de l'accès à la justice dans le cas de dommages corporels différés.

Aujourd'hui, nous avons donc encore quatre divergences avec le Conseil des Etats. Les deux premières se trouvent à l'article 60 alinéa 1bis et à l'article 128a du Code des obligations. Cela concerne la durée de la prescription absolue pour l'action en dommages – intérêts ou en paiement d'une somme d'argent à titre de réparation morale en cas de mort ou de dommages corporels faisant suite à un acte illicite ou à une violation contractuelle.

Le Conseil des Etats avait décidé de renoncer au nouvel alinéa 1bis proposé par le Conseil fédéral et donc d'en rester au délai de prescription actuel de dix ans à compter du jour où le fait dommageable s'est produit. Par 15 voix contre 9, votre commission vous propose de maintenir la décision de notre conseil de porter à vingt ans le délai de prescription absolu en cas de dommage corporel. C'est là un compromis raisonnable entre les exigences de la sécurité du droit, celles de la protection des victimes, la possibilité de présenter des preuves lors du procès et les exigences de la Cour européenne des droits de l'homme. Cela devrait per-

mettre à la plupart des personnes souffrant de dommages qui n'apparaissent que de nombreuses années après la survenance du fait qui les a causées d'avoir accès à la justice pour la partie du dommage non couverte par l'assurance.

La vostra commissione, confermando il termine di prescrizione di 20 anni – già fatto proprio di questo consiglio il 25 settembre 2014 quale ragionevole compromesso tra la richiesta del Consiglio federale di aumentarlo a 30 anni e la decisione della Camera dei cantoni di invece mantenerlo agli attuali 10 anni –, intende così migliorare la situazione giuridica delle future vittime per la parte del danno differito, non coperto dall'assicurazione. Così agendo, intende peraltro tener conto della giurisprudenza della Corte europea dei diritti dell'uomo di Strasburgo che in una sua nota decisione del marzo 2014 aveva censurato il termine prescrittivo assoluto previsto dal nostro diritto delle obbligazioni, giudicandolo troppo breve nella misura in cui aveva impedito a una vittima dell'amiante di sottoporre il suo caso all'esame materiale di un tribunale svizzero.

Il faut souligner pour les travaux préparatoires que la prolongation du délai de prescription absolu de dix à vingt ans n'aura aucune incidence sur les exigences relatives à l'administration des preuves, et ne comportera notamment aucun renversement du fardeau probatoire à la charge de la partie demanderesse.

Une minorité de la commission souhaite par contre suivre le Conseil des Etats et s'en tenir au délai de prescription absolu de dix ans prévu par le droit en vigueur, pour des raisons liées surtout à la sécurité du droit, et pour éviter les difficultés dans l'administration des preuves.

La troisième divergence, plutôt de nature technique, concerne l'article 134 alinéa 1 chiffre 6 du projet. Il s'agit là des situations prévues par le Code des obligations, dans lesquelles la prescription ne court point et, si elle avait commencé à courir, serait suspendue parce qu'il y a des conditions objectives qui empêchent ou rendent difficile une action en dommages – intérêts.

La disposition du chiffre 6 en vigueur est dépassée, car elle date de 1881, lorsque le Code des obligations suisse unifié avait été approuvé. Comme vous le savez, avant cette date, chaque canton avait son propre code des obligations, et la législation de certains cantons fixait que la prescription ne courrait pas ou serait suspendue si, par exemple, un Genevois devait porter plainte à Lausanne. Avec l'unification nationale du droit privé, il n'y avait plus de raison valable de bloquer la prescription s'il fallait porter plainte dans un autre canton. Depuis lors, le chiffre 6 du Code des obligations règle les rapports internationaux. Mais, entre-temps, la question de la compétence au niveau international dans l'espace européen a été réglée par la Convention de Lugano qui se base sur un système de reconnaissance réciproque des compétences des tribunaux civils en présence de certaines conditions. La Suisse a ainsi admis qu'on peut exiger qu'un citoyen suisse doive porter plainte dans un autre Etat de la convention si certaines conditions sont remplies.

La modification proposée est donc justifiée pour tenir compte de la situation actuelle et la majorité de la commission vous invite, par conséquent, à maintenir la décision du Conseil national et donc à confirmer le chiffre 6 de l'article 134 alinéa 1 du projet du Conseil fédéral.

La quatrième divergence concerne la disposition spéciale, rétroactive, acceptée par la Chambre des cantons pour les victimes de l'amiante, à l'article 49a du titre final du Code civil. Par 15 voix contre 9, la commission vous propose de maintenir la décision de notre conseil et, donc, de biffer du projet de loi cette disposition spéciale relative aux dommages corporels causés par l'amiante. Ceci parce que, afin de garantir la sécurité de la paix juridique, elle souhaite exclure la rétroactivité du nouveau droit de la prescription. Cette rétroactivité produirait une incertitude dangereuse et ne saurait d'ailleurs être utile aux demandeurs car, s'agissant des victimes de l'amiante dont la maladie est apparue sous le régime juridique actuel, le fonds d'indemnisation pour les victimes leur assure une indemnisation appropriée.

La commission souligne l'importance de renoncer à toute rétroactivité du nouveau droit de la prescription afin d'empêcher

un afflux de plaintes et de permettre aux donateurs potentiels de la fondation de fournir effectivement les contributions financières promises. La certitude est ainsi garantie quant à l'issue de la révision du droit de la prescription. On sera à même d'assurer un financement suffisant à la fondation et une indemnisation équitable des victimes de l'amiante. Il s'agit par ce moyen de respecter le compromis négocié entre les partenaires sociaux et les compagnies d'assurance.

En résumé, la majorité de la commission vous propose d'en rester aux décisions prises lors de l'examen de cet objet le 25 septembre 2014. Elle vous invite aussi à confirmer, à l'article 21 de la loi du 14 mars 1958 sur la responsabilité, à l'article 143 de la loi du 3 février 1995 sur l'armée, à l'article 65 de la loi du 4 octobre 2002 sur la protection de la population et sur la protection civile et à l'article 60 de la loi du 6 octobre 1995 sur le service civil, le terme de prescription absolue de vingt ans dont il est question à l'article 60 alinéa 1bis et à l'article 128a du Code des obligations.

Je vous invite donc à suivre chaque fois la majorité de la commission et à maintenir les décisions de notre conseil.

Nidegger Yves (V, GE): Comme les rapporteurs vous l'ont expliqué, c'est un long chemin que suit ce projet de réforme du droit de la prescription. Il a été classé, le Conseil national considérant, sa commission en tête, qu'il n'y avait finalement pas nature à modifier le droit. Puis on l'a repris dessus, et aujourd'hui on a encore quelques divergences.

Les divergences avec le Conseil des Etats, on vous l'a expliquée, concernent la notion de prescription absolue. Vous savez qu'il y a deux types de prescription. Il y a la prescription dite relative: il y a un temps assez bref à partir du moment où quelqu'un a connaissance d'un dommage pour demander réparation à la personne qui en est responsable, dès lors qu'on a aussi connaissance de son identité. Et si on renonce à agir au bout d'un temps assez bref, qui dans le nouveau droit serait de trois ans – il y a d'autres délais de prescription pour les créances civiles d'autre nature –, on est réputé avoir renoncé à l'exercice de vos droits et les tribunaux diront: "Trop tard, il fallait venir avant!"

Et puis il y a une autre prescription, et c'est celle sur laquelle butent ces divergences, qu'on appelle la prescription absolue, qui fixe, elle, qu'après l'écoulement de dix ans, que l'on soit au courant ou non de l'existence du dommage, que l'on connaisse ou non l'auteur du dommage pour pouvoir l'attaquer, il y ait une sorte de coup de balai revenant à dire que le passé c'est le passé et que les tribunaux n'ouvriront plus leurs portes pour des faits trop anciens. Cela sert à la sécurité du droit, à ce que les entreprises et les particuliers sachent que certains actes de nature civile ne demanderont plus de réparation au bout d'un certain temps.

Est arrivé dans ce ciel bleu, parce que personne ne demande de révision fondamentale du système de prescription suisse, ni l'économie, ni véritablement les consommateurs, un arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme, l'arrêt Moor, concernant le cas d'une personne ayant subi les conséquences de l'exposition à l'amiante mais qui n'a été informée au travers de sa maladie de l'existence de ce dommage qu'après l'écoulement du délai de prescription de dix ans, et qui s'est vu refuser, en application du droit suisse, par les tribunaux, l'accès à la justice. La Cour européenne des droits de l'homme a condamné la Suisse en disant qu'on ne pouvait pas opposer à quelqu'un un système de prescription qui lui interdit de saisir un tribunal; donc la Suisse a été condamnée pour ne pas avoir autorisé l'accès au tribunal, qui est un droit de l'homme protégé par la Convention européenne des droits de l'homme. La Cour a estimé qu'on ne pouvait pas opposer un tel système de prescription à quelqu'un qui ne pouvait pas savoir, pendant toute la durée de la prescription absolue, qu'il était atteint par quelque chose et par conséquent ne pouvait pas exercer ses droits.

A partir de là, on se demandait comment résoudre ce problème. Il y a eu plusieurs options. L'une d'entre elles a été d'étendre le nombre d'années de prescription à un temps suffisamment long pour mettre à l'abri toute personne de ce qu'on appelle un dommage différé dont elle n'a pas connaissance. Peut-être qu'il existe d'autres substances que

l'amiante qui, dans le silence des organismes et dans le secret, entraînent des maladies qui un jour apparaîtront, alors que tout délai sera passé.

Cette solution d'étendre, d'étendre et d'étendre encore le délai de prescription pour protéger les victimes de ce type de dommages dits différés aboutirait au fond à étendre la prescription à la durée de vie d'un être humain, parce qu'on ne sait pas le temps que peut mettre une substance inconnue pour, un jour, vous causer une maladie.

Par conséquent, il n'existe, selon l'avis de certains, que je partage, pas de solution sûre qui puisse reposer sur une extension de la prescription, parce qu'il faudrait alors l'étendre à toute la vie humaine. Et comme vous le savez, les entreprises dont on cherche la responsabilité durent généralement bien moins longtemps qu'une vie humaine. Elles peuvent avoir fait faillite, être liquidées, être reprises par d'autres. Par conséquent, étendre dans l'abstrait à de trop longues périodes, c'est une sécurité qui n'en est pas une.

Reste la question de l'amiante, qui est, elle, débattue et qui appelle une solution. Alors entre ceux qui voulaient un très long délai – trente ans – et ceux qui ne voulaient rien changer et en rester à dix ans a eu lieu une discussion en vue de négocier un compromis. De cela et de la table ronde a émergé la promesse des milieux économiques de mettre sur pied un fonds qui servirait à indemniser les personnes qui n'auraient plus accès aux tribunaux pour ce motif. Ainsi, on aurait pragmatiquement – ce qui est assez suisse – résolu le seul problème que nous avons, celui de l'amiante, pour les quelques très rares cas où les gens ne sont pas indemnisés suffisamment par l'assurance-accidents.

En Suisse, nous avons renoncé à des procès tous azimuts, comme cela peut se faire sous d'autres juridictions, au profit d'un système d'assurance obligatoire: l'assurance-accidents qui protège les travailleurs obligatoirement et qui est payée par les employeurs. Donc on met ce risque à la charge, pour la partie des risques liés aux accidents professionnels et aux maladies professionnelles, des employeurs. C'est la façon helvétique de mutualiser le risque et de s'assurer que qui-conque est exposé, par son travail notamment, à une substance toxique sera indemnisé suffisamment.

Donc les cas qui nous intéressent ici, ce sont les cas résiduels pour lesquels, pour une raison ou une autre, l'indemnisation ne serait pas possible par l'assurance – ce ne sont pas de nombreux cas du tout – ou l'indemnisation assurantielle ne serait pas complète. Dans ces cas, il faut un autre mécanisme en complément. Le compromis dont on vous parle, à propos de la question de savoir si la prescription doit être de dix, de vingt ou de trente ans, ce compromis a été trouvé, non pas sous la forme d'une modification du délai de prescription, mais sous la forme d'un fonds qui permettra de vider le problème de sa substance et de faire en sorte qu'il n'y ait pas besoin de saisir les tribunaux, sans avoir pour autant à modifier de fond en comble le droit suisse de la prescription.

Cette solution d'en rester à dix ans pour l'ensemble des délais est celle que préconise le Conseil des Etats, et c'est par conséquent celle à laquelle ma minorité vous propose d'adhérer dans ce projet.

Mazzone Lisa (G, GE): L'amiante rend malade et tue. Cette tragédie a fait des centaines de victimes en Suisse et chaque année de nouvelles personnes contractent une tumeur maligne de la plèvre ou du péricitone. Le danger était connu de longue date, en tout cas depuis 1940, mais il a fallu attendre des dizaines d'années avant que l'utilisation de l'amiante soit interdite. La particularité de l'amiante met notre droit de la prescription en défaut, comme l'a considéré la Cour européenne des droits de l'homme, qui a jugé que le droit à un procès équitable avait été violé. L'amiante fait partie des substances qui causent un dommage différé. Il peut entraîner des dommages et en particulier des tumeurs dans une période de 15 à 40 ans après l'exposition, soit bien au-delà du délai de prescription actuel. L'amiante n'est pas le seul produit en cause lorsqu'on parle de dommages corporels qui surviennent bien après la période d'exposition. De nouveaux scandales risquent bien d'être révélés à l'avenir.



Entre-temps, le Tribunal fédéral a admis la demande de révision en dommages-intérêts et indemnités pour tort moral dans le cas de la famille de Monsieur Moor pour lequel la Cour européenne des droits de l'homme avait tranché. Le Tribunal fédéral a ainsi précisé que la prescription de dix ans ne devra pas être prise en compte dans la nouvelle décision. Trois autres cas sont en outre pendantes devant la justice et attendent désormais notre décision d'aujourd'hui.

Pour faire face à cet enjeu, le Conseil des Etats avait adopté une disposition transitoire rétroactive, ad hoc, pour les victimes de l'amiante qui n'étaient pas assurées. On parle, cela a été évoqué, par exemple des femmes qui ont lavé les vêtements de leur mari. Par la suite, une fondation privée a vu le jour afin de dédommager spécifiquement les victimes de l'amiante. La création de cette fondation était le fruit d'un compromis entre les représentants des victimes, les syndicats, les entreprises et les assurances, qui ont participé à la table ronde. Il s'agit de la fondation "Fonds d'indemnité pour les victimes de l'amiante".

Lors de la prise de connaissance par notre commission de cette évolution, il avait été envisagé de renoncer à toute modification du droit de la prescription par une majorité dont les Verts ne faisaient évidemment pas partie.

La fondation dispose d'un capital de départ de 6 millions de francs, alors que les estimations des coûts à prendre en charge durant les dix prochaines années s'élèvent entre 50 et 100 millions de francs. Actuellement, des promesses de dons sont pendantes, mais elles sont conditionnées à notre décision d'aujourd'hui. En effet, l'économie s'est engagée à verser de l'argent, mais ses dons n'interviendront que si nous trouvons un compromis qui supprime la disposition transitoire et limite la durée de la prescription absolue à vingt ans.

A partir de sa création jusqu'à novembre de l'année dernière, 77 demandes sont parvenues à la fondation. Le groupe des Verts émet de sérieuses réserves sur les critères retenus par la fondation pour verser les indemnités. En effet, seules les personnes qui renoncent à tout recours devant la justice peuvent prétendre à une indemnisation, ce qui signifie que le tort causé par les entreprises ne sera pas reconnu par la justice. Toutefois, pour nous, il est essentiel qu'un compromis soit trouvé pour apporter des réponses aux victimes – et ceci rapidement – et pour améliorer notre droit de la prescription pour les cas à venir. La fondation a en effet besoin de fonds pour pouvoir fonctionner, pour pouvoir indemniser les victimes et ces fonds sont conditionnés. Soyons très clairs: l'économie doit désormais, une fois que notre conseil aura adopté le compromis, payer et alimenter le fonds conformément au compromis qui a été trouvé avec toutes les parties en présence, y compris avec des représentants des victimes. C'est très important parce que les représentants des victimes s'associent au compromis et renoncent par là même en cas d'octroi d'une indemnisation à faire recours à la justice.

Le groupe des Verts a donc décidé, à regret je dois le dire, d'approuver le compromis consistant à limiter la prescription absolue à vingt ans et non davantage, alors que notre groupe était favorable à une durée de la prescription nettement plus longue, même plus longue que celle proposée par le Conseil fédéral. Nous estimons toutefois que le doublement de la durée de la prescription représente un pas en avant. La disposition transitoire sera également biffée. Ainsi, nous attendons fermement que de nouveaux dons parviennent à la fondation et permettent d'indemniser les victimes ayant un mésothéloïme causé par l'amiante.

Pour cette raison, le groupe des Verts vous invite à soutenir le compromis trouvé par la majorité de la commission et à apporter une réponse sous la forme d'indemnités à toutes les victimes de l'amiante qui sont concernées et qui n'étaient pas assurées.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Le groupe socialiste sait le fait que la Commission des affaires juridiques soit revenue sur son abrupte décision de classer le dossier du droit de la prescription, qu'elle avait prise en août dernier et qu'elle ait suivi, à juste titre, l'avis de la commission du Conseil des Etats.

Nous soutiendrons la décision issue des débats de notre commission à propos de l'allongement du délai de prescription absolue à vingt ans.

Nous aurions préféré la version du Conseil fédéral qui prévoyait un délai de trente ans, mais nous nous sommes ralliés à la solution de vingt ans qui a été acceptée à une large majorité en commission. Le président de l'association des victimes de l'amiante s'est finalement aussi déclaré en accord avec ce délai de vingt ans, même si au départ il aurait préféré la solution existant en France où la prescription commence au moment où l'on a connaissance d'un dommage corporel. Mais il a reconnu que cette solution était incompatible avec le mode de financement de la fondation tel qu'il est prévu. Les représentants de la branche des assurances concernée se sont aussi prononcés pour un compromis de vingt ans.

La fondation EFA – la fondation pour les victimes de l'amiante – est le résultat de l'accord des partenaires sociaux présents à la table ronde sur l'amiante. Lors des auditions, on nous a rappelé que les sponsors de la fondation attendaient le résultat de nos travaux. Ils ont posé comme conditions que les dispositions transitoires décidées par le Conseil des Etats soient biffées et que l'on ne dépasse pas le délai de vingt ans.

Il faut aussi souligner que la Cour européenne des droits de l'homme a établi, dans son arrêt consacré à l'amiante, que le système général de prescription de la Suisse n'est pas adapté aux dommages différés.

Cette révision du droit de la prescription concerne donc non seulement l'amiante, mais aussi la problématique des délais différés. En effet, il se peut qu'à l'avenir d'autres substances ou de nouvelles technologies causent des dommages corporels. Le but du droit de la prescription est donc de permettre à un tribunal d'examiner si une personne ou une entreprise a une responsabilité en lien avec un dommage corporel. Si l'on acceptait un délai de prescription de dix ans, comme le propose la minorité Nidegger, cela signifierait que l'on ne ferait rien à l'avenir pour les victimes. De plus, un tel délai serait incompatible avec les exigences de la Cour européenne des droits de l'homme. La solution de compromis donnerait donc confiance aux futurs sponsors et permettra à la fondation de poursuivre la recherche des financements indispensables au dédommagement des victimes de l'amiante. Il s'agit donc d'une démarche pragmatique et non bureaucratique.

Je vous invite à accepter le délai de prescription de vingt ans qui, je le répète, a été approuvé à une confortable majorité par la commission.

Naef Martin (S, ZH): Wir sind ja hier bei den Differenzen, und das nicht zum ersten Mal. Wir sollten diese Differenzen in jeglicher Hinsicht endlich überwinden. Der Entschädigungs-fonds zusammen mit der Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist bei Körperschäden löst nicht alles. Man kann in diesen Zusammenhängen selbstverständlich auch nicht von eigentlichen Lösungen sprechen. Der Fonds löst nicht alles, auch die Verlängerung der Frist löst nicht alles – nicht bei Asbest und erst recht nicht sämtliche Probleme, es wurde auch schon angesprochen, im Zusammenhang mit der anstehenden grundsätzlichen Revision des Verjährungsrechts. Der Fonds schafft aber auf der Grundlage der Arbeiten des runden Tisches und damit eines Kompromisses aller Beteiligten endlich spätes Recht, soweit dieses Recht geschaffen werden kann. Die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist auf zwanzig Jahre ist ebenfalls ein Kompromiss. Sie wissen, dass der Bundesrat und auch wir uns eine längere Frist gewünscht hätten. Es ist aber auch so, dass hier zumindest nicht nur ein retrospektives, ein Bewältigungsinstrument geschaffen wird, sondern dass die Hoffnung besteht, dass wir in Zukunft den Opfern solcher Schäden auch mehr Rechte einräumen können. Wir nähern uns ein bisschen auch der Rechtssicherheit an mit Blick auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.

Wir hätten mehr gewollt, aber ich bitte Sie nun wirklich, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Es ist Zeit.

Vogler Karl (C, OW): Es wurde gesagt, wir befinden uns in der Differenzbereinigung des Geschäfts 13.100, einer Vorlage, deren Ursprung in der Motion 07.3763 gründet.

Das Anliegen dieser Motion war es, mit einer Revision des Haftpflichtrechts die Verjährungsfristen derart zu verlängern, dass auch bei Spätschäden Schadenersatzansprüche noch möglich sind. Die besagte Motion wurde damals von beiden Räten einstimmig angenommen. Gestützt darauf legte der Bundesrat im Jahr 2013 die heutige Botschaft vor.

Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die nun vorliegende Fassung der Vorlage, getragen von der Mehrheit der RK-NR, überzeugt und einen guten Kompromiss darstellt zwischen den Ansprüchen von Geschädigten einerseits und der Wirtschaft andererseits und dass die Vorlage wichtige rechtsstaatliche Grundsätze umsetzt.

Vorab: Es darf nicht sein, dass Personenschäden – und nur von solchen sprechen wir im Rahmen dieser Vorlage –, welche sich erst nach Ablauf der absoluten Verjährungsfrist von heute zehn Jahren manifestieren, nicht mehr geltend gemacht werden können, weil sie nach heutigem Recht absolut verjährt sind. Solches ist in höchstem Masse störend und stellt, wie der EGMR in seinem Entscheid Howald Moor und andere gegen die Schweiz vom März 2014 festgestellt hat, eine Verletzung von Artikel 6 EMRK, des Rechts auf ein faires Verfahren, des Rechts auf Zugang zu den Gerichten, dar. Entsprechend ist der Gesetzgeber gefordert, hier eine Lösung zu finden, eine Lösung auch, die über die aktuelle Thematik der Asbestopfer hinausgeht und generell Opfern von Spätschäden den Zugang zu den Gerichten ermöglicht.

Die Fraktion der CVP unterstützt den Kompromiss der Kommissionsmehrheit, die zwanzig Jahre wie auch die Verlängerung der relativen Verjährungsfrist. Dieser Kompromiss ist aus unserer Sicht sachgerecht und wird notabene auch von der Versicherungsbranche mitgetragen. Mit der entsprechenden Verlängerung wird dem Nachachtung verschafft, was die Räte mit der Motion 07.3763, "Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht", damals einstimmig angenommen haben.

Ein Hinweis an dieser Stelle, der wichtig ist: Mit der Verlängerung der Verjährungsfrist ändert sich nichts an den Beweisanforderungen. Die Beweislast wird deswegen nicht etwa aufgeweicht, Artikel 8 ZGB gilt weiterhin uneingeschränkt. Wesentlich unterscheidet sich der Antrag der Mehrheit der RK-NR gegenüber der letzten ständerätlichen Fassung dadurch, dass auf eine übergangsrechtliche Sonderregelung für Asbestopfer verzichtet wird, nachdem am 28. März 2017 die Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer gegründet wurde. Die Finanzierung dieser privaten Initiative von Verbänden und Unternehmen basiert auf Freiwilligkeit. Das Ziel ist, Asbestopfern und Angehörigen schnell und unbürokratisch zu helfen. Personen, die ab 2006 an einem Mesotheliom erkrankt sind, können finanzielle Unterstützung beantragen, unabhängig davon, ob die Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt wurde oder nicht.

Was man natürlich sagen muss: Die Alimentierung des Fonds ist heute noch nicht vollumfänglich sichergestellt. Das hat aber auch damit zu tun, dass die potenziellen Spender der Rechtssicherheit betreffend die Übergangsbestimmungen verlangen. Es wird am Ständerat liegen, diese rasch zu schaffen und gleichzeitig darauf zu achten, dass die notwendigen Fondsmittel tatsächlich zusammenkommen. Wir vertrauen hier auf die Wirtschaft. Unsere Fraktion ist diesbezüglich also zuversichtlich und unterstützt daher die Streichung von Artikel 49a Schlusstitel ZGB.

Zusammengefasst: Namens der CVP-Fraktion ersuche ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Wir setzen damit die alte Motion 07.3763 massvoll und schlank um. Wir schaffen Rechtssicherheit und überlassen es nicht den Gerichten, bei künftigen Spätschäden darüber entscheiden zu müssen, wie mit diesen umzugehen ist. Insbesondere, und das ist hier sehr wichtig, verschaffen wir damit auch den Asbestopfern mindestens finanzielle Gerechtigkeit.

Markwalder Christa (RL, BE): Die grosse Mehrheit unserer Fraktion bittet Sie, wenn auch ohne Enthusiasmus, den Antrag der Kommissionsmehrheit zu unterstützen. Für uns gibt es zwei Prioritäten: Die erste ist die Rechtssicherheit, die heute schon bemüht wurde. Die zweite ist eine gerechte und angemessene Lösung für Asbestopfer.

Die Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer ist seit Juli 2017 operativ. Sie ist das Ergebnis des bereits zitierten runden Tisches, der für Asbestopfer unbürokratische, einfache Lösungen finden wollte, ohne dass diese zuerst den Klageweg über die Gerichtsinstanzen einschlagen müssen. Die Stiftung bietet nicht nur den Opfern, sondern auch ihren Angehörigen Hilfe, und zwar unabhängig davon, ob die Erkrankung der Opfer als Berufskrankheit anerkannt ist. Heute entscheiden wir allerdings nicht über diese Stiftung. Wir sind dankbar, dass diese bereits operativ ist und bereits Mittel beschaffen konnte. Wir wissen aber auch, dass die Stiftung Rechtssicherheit benötigt, damit die Wirtschaftsakteure weitere Mittel zur Verfügung stellen und die Stiftung weiter ihre Arbeit machen kann.

Heute steht das Verjährungsrecht im Zentrum, und dabei die absolute Verjährungsfrist bei Körperschäden, und zwar nicht nur die Asbestopfer betreffend; das war der ursprüngliche Aufhänger dieser Vorlage. Die Regulierung ist technologie-neutral ausgestaltet, das heißt, sie könnte auch im Falle von körperlichen Spätschäden von Nanotechnologie, von Handystrahlung, von Feinstaub, von Technologien, die wir heute noch nicht kennen, angewendet werden.

Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt den Antrag der Kommissionsmehrheit, dies im Sinne eines Kompromisses. Unsere Lösung hat nämlich anders ausgesehen. Nachdem der Entschädigungsfonds für Asbestopfer im Juli letzten Jahres operativ geworden ist, haben wir gesagt, dass nun möglichst schnell Rechtssicherheit geschaffen werden müsse, weshalb die Vorlage dementsprechend abzuschreiben sei, damit das Fundraising für die Stiftung vereinfacht werden könnte.

Der Ständerat ist diesem Abschreibungsantrag jedoch nicht gefolgt, obschon dies der Rechtssicherheit, unserer ersten Priorität, am dienlichsten gewesen wäre. Immerhin ist die Rückwirkungsklausel im Schlusstitel des ZGB nicht aufrechterhalten worden. Das wäre aus Rechtssicherheitsüberlegungen nämlich sehr schädlich gewesen.

Übrig bleibt jetzt vor allem die Frage der absoluten Verjährungsfrist bei Personenschäden. Eine Kommissionsminderheit schlägt eine Frist von zehn Jahren vor; die Kommissionsmehrheit schlägt zwanzig Jahre vor, wobei der bundesrätliche Entwurf ursprünglich dreissig Jahre vorgeschlagen hat. Zwanzig Jahre ist ein möglicher Kompromiss. Doch das löst bei Weitem nicht alle Probleme:

1. Wir wissen nicht – ich habe es bereits erwähnt –, welche Technologien in Zukunft welche allfälligen Körperschäden verursachen könnten.
2. Man muss sich auch vor Augen halten, dass eine absolute Verjährungsfrist von zwanzig Jahren bei Körperschäden eine Verdoppelung der heutigen Frist darstellt. Insofern kann man nicht nur von einer Ausdehnung sprechen, handelt es sich doch um eine Verdoppelung.
3. Wir wissen, dass die Pflicht für die Aufbewahrung von Dokumenten auf zehn Jahre befristet ist. Wer sich für die Beweisführung bei Prozessen wappnen will, muss de facto also inskünftig, auch wenn das gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, die Dokumente logischerweise mindestens zwanzig Jahre aufzubewahren, was natürlich auch entsprechende Kosten verursacht.

Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion bitte ich Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Ich mache dies aber, wie erwähnt, ohne Enthusiasmus und mit den entsprechenden Vorbehalten, die wir weiterhin haben.

Guhl Bernhard (BD, AG): Wer aufgrund der Arbeit oder des Kontakts mit Asbest erkrankt, hat oft nicht mehr lange zu leben. Damit diese Opfer nicht noch einen langen Prozessweg beschreiten müssen, ist der Weg über eine Entschädigung über den neugeschaffenen Fonds gut und wichtig. Die Stiftung will den Opfern helfen. Es ist schön zu sehen, dass das mit dem runden Tisch gut geklappt hat. Der Kommissionssprecher hat ausführlich über die Arbeiten des runden Tisches berichtet.

Damit der Fonds auch geäufnet werden kann, möchten diejenigen Unternehmen und Organisationen, die zu diesem Fonds beitragen, Rechtssicherheit. Darum ist es wichtig, dass wir diese Vorlage nun rasch verabschieden. Die einst



vom Ständerat geschaffene Übergangsbestimmung ist der grosse Stein auf dem Weg zur Lösung mit dem Fonds. Diese Übergangsbestimmung muss weg – es liegt auch kein anderer Antrag dazu vor.

Kommen wir zur Frage, ob zehn oder zwanzig Jahre: Mit dem Status quo von zehn Jahren haben wir keine Rechtssicherheit. Mögliche Klagen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte würden von jenem gutgeheissen, wenn wir bei zehn Jahren für Personenschäden bleiben würden. Die zwanzig Jahre sind also ein Kompromiss im Vergleich zu den dreissig Jahren, die der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Ich bitte Sie nun aber, diese Frage, ob zwanzig oder dreissig Jahre, nicht hochzustilisieren, denn die Krankheit kann auch noch vierzig Jahre nach dem Kontakt mit Asbest ausbrechen. Wir konnten kürzlich lesen, dass letztes Jahr allein 83 Baustellen sofort geschlossen werden mussten, weil Asbest festgestellt wurde; dies zeigt, dass dieses Problem nach wie vor akut ist. Aber wie gesagt, der Fonds hat das Ziel, nicht über den Rechtsweg, sondern unkompliziert zu helfen, damit den Opfern rasch geholfen werden kann. Lesen Sie selbst nach auf www.stiftung-efa.ch: "Personen oder Familienangehörige von Personen, die ab 2006 an einem asbestbedingten bösartigen Tumor im Bauch- oder im Brustfellbereich (Mesotheliom) erkrankt sind, können bei der Stiftung EFA finanzielle Unterstützung beantragen. Und dies unabhängig davon, ob es sich um eine anerkannte Berufskrankheit handelt oder nicht." Im Sinne einer schnellen Lösung mit besserem rechtlichem Schutz für die Opfer und einer schnellen Äufnung des Fonds – damit der Fonds geäufnet werden kann, braucht es Rechtssicherheit für die Unternehmen – bitten wir Sie, mit der Mehrheit zu stimmen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Dank und eine Hoffnung aussprechen: einen Dank an all jene Unternehmen, welche bereits in diesen Fonds eingezahlt haben oder eine Einzahlung zugesagt haben; eine Hoffnung bezüglich derjenigen Unternehmen und Organisationen, welche Asbest verarbeitet oder eingesetzt haben oder vorgeschrrieben haben, dass Asbest eingesetzt werden muss – ich denke da unter anderem an Gebäudeversicherungen –; nämlich die Hoffnung, dass sie sich an diesem Fonds beteiligen, damit den Opfern möglichst gut geholfen werden kann.

Flach Beat (GL, AG): Am Anfang dieses Gesetzes standen die tragischen Ereignisse in Gretzenbach und eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Es war einer der ganz, ganz wenigen Fälle – ich glaube, es sind etwa 3 Prozent aller Fälle –, in denen die Schweiz in ihrer Art und Weise der Rechtsanwendung nicht Recht behält. Dort hat das Gericht festgestellt: "Es kann ja nicht sein, dass jemand einen Körperschaden hat und, wenn er ausbricht, die absolute Verjährung bereits eingetreten ist. Da müsst ihr nachbessern." Das war eigentlich der Auftrag. Wir Grünliberalen haben von Anfang an gesagt, dass das tatsächlich stossend ist: Wir müssen eine Lösung finden, wir wollen eine Lösung finden, die rechtsverbindlich ist und Rechtssicherheit schafft, und zwar Rechtssicherheit nicht nur für die betroffenen Opfer auf der einen Seite, sondern auf der anderen Seite auch Rechtssicherheit für die allfälligen Verursacher solcher Spätfolgen.

Die Lösung, die jetzt gefunden worden ist, ist pragmatisch. Sie geht nicht ganz in die Richtung einer absoluten Unverjährbarkeit, denn das wäre wirtschaftlich kaum tragbar und käme wahrscheinlich auch wirklich den Fällen gar nicht entgegen. Speziell ist bei Asbestopfern – das ist ja das grosse tragische Element an dieser Gesetzgebung –, dass die Krankheit eben teilweise erst Jahrzehnte nach dem letzten Kontakt mit Asbestfasern ausbricht. Für all diejenigen, die nicht dem UVG unterstehen, wird eine Lösung gefunden, indem man diesen Fonds gegründet hat. Der Fonds kommt jetzt zum Fliegen und ist damit ein Bestandteil dieser Gesetzgebung.

Wichtig ist für uns, dass den Opfern, die jetzt schon wegen Asbest krank sind oder noch erkranken, rasch Hilfe geleistet wird. Bei den Anhörungen haben wir gesehen, dass der Entschädigungsfonds für Asbestopfer das tun kann, dass er sehr pragmatisch und schnell entscheiden kann und dass er-

ste Auszahlungen auch schon erfolgt sind. Ebenfalls wichtig ist für uns aber, dass bei den Verjährungsfristen nicht überbordet wird. Darum sind die zwanzig Jahre, die wir jetzt vorsehen, wahrscheinlich der pragmatische und richtige Weg. Damit schaffen wir Rechtssicherheit, sagen aber auch deutlich, dass wir keine zusätzlichen Aufbewahrungsfristen für die Wirtschaft wollen.

Meine Vorrednerin, Kollegin Markwalder, hat gesagt, wenn man sich dann mal vor einem zukünftigen Prozess wappnen wolle, müsse man halt die Unterlagen aufbewahren. Ich möchte dem entgegnen, dass es ganz klar auch der Wille unserer Kommission war, dass wir keine neuen Beweislasten verteilen. Artikel 8 ZGB bleibt bestehen, die Beweislast liegt beim Kläger. Das heisst, die Last der Beweislosigkeit nach zwanzig Jahren trägt dann tatsächlich der Kläger.

Noch ein letzter Punkt zu unserer Tendenz zu versuchen, überall ständig Sicherheit herzustellen und ein absolut risikoloses Leben für uns alle im Gesetz festzuschreiben: Wir werden das nicht hinbekommen. Das ist einfach nicht möglich. Die Risiken können wir nur im Nachhinein abschätzen. Im Voraus wissen wir nicht, was uns die Technologie alles bringt.

Wichtig ist, dass Unternehmer für den Schutz ihrer Angestellten, aber auch der Umwelt und Dritter, die von allfälligen giftigen Stoffen betroffen sind, sämtliche Vorkehrungen gemäss heutigem Stand von Wissenschaft und Technik treffen. Hätte man das damals beim Asbest getan, wären viele Betroffene verschont geblieben, weil es schon früh Anzeichen auf Erkrankungen gab. Ich glaube, wir sind als Gesellschaft gefordert, dass wir solche Risiken aufzeigen. Wir sehen aber auch, dass die Wirtschaft – indem wir gesagt haben, wir würden keine Rückwirkung dieses Gesetzes verlangen; denn die Wirtschaftsvertreter haben ja nicht aus bösem Willen gehandelt, sondern nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet – bereit ist, den Entschädigungsfonds für Asbestopfer zu äufen und schnell und einfach zu helfen.

So gesehen, würde ich sagen, ist dieses Paket auf der einen Seite juristisch, auf der anderen Seite politisch und auf der letzten Seite eigentlich gesellschaftspolitisch ein Glanzstück. Wir haben einen pragmatischen Weg gefunden. Lassen Sie uns das jetzt abschliessen.

Bitte folgen Sie überall der Kommissionsmehrheit.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, den Anträgen der Minderheit Nidegger zu folgen und die Vorlage am Schluss abzulehnen. Weshalb? Wir haben gehört, es ist ein breitangelegter Kompromiss. Das ist auch so. Es ist aber nicht ein breitangelegter juristischer oder gesetzgeberischer Kompromiss, sondern er hat zwei Elemente, diese Revision und diesen Fonds. Wenn wir das genau ansehen, haben diese beiden Dinge – Gesetzesrevision und Fonds – eigentlich miteinander nichts zu tun. Miteinander zu tun haben sie nur im Zusammenhang mit dem Kompromiss, der jetzt immer wieder genannt wird.

Schauen wir die gesetzliche Revision an: Was lösen wir damit? Es wurde angetönt: Die eigentlichen Probleme, die aufgrund neuer Technologien auf uns zukommen – ich spreche die nichtionisierenden Strahlen an, die Nanotechnologie, aber auch Spätfolgen von Medikamenten –, lösen wir hier nicht, das ist auch angesprochen worden. Da müssen wir eine viel breitere, tiefere Diskussion führen, wenn wir die Spätfolgen von neuen Technologien abhandeln möchten. Ich bin persönlich überzeugt, dass diese Diskussion schneller kommen wird, als uns lieb ist. Nun geben wir mit dieser Revision den Betroffenen keine Rechtssicherheit. Denn wir wissen noch nicht, ob wir mit dieser Revision auch dort genügen, wo wir gerügt worden sind. Darum sagen wir, was die Wirtschaft gesagt hat. Die Wirtschaft hat gross angekündigt, dass sie 60 bis 100 Millionen Franken für die Betroffenen spricht, um ihnen schnell und unbürokratisch zu helfen. Diese Gelder sind noch nicht im Fonds. Solange diese noch nicht im Fonds sind, haben wir eben auch noch nicht die Lösung.

Wir von der SVP-Fraktion appellieren jetzt an die Wirtschaft, sie soll diesen Fonds so schnell wie möglich mit 60 bis 100 Millionen Franken alimentieren, damit sie eben das, was sie versprochen hat, auch erfüllt, nämlich, den Betroffenen

schnell und unbürokratisch zu helfen. Das war entsprechend auch das Ziel.

Guhl Bernhard (BD, AG): Mit der Ablehnung der Vorlage, die Sie hier beantragen, verhindern Sie diesen Fonds – das ist quasi in Stein gemeisselt. Was denken Sie, wie reagiert eine Opferfamilie oder ein Opfer, wenn Sie ihr sagen bzw. ihm ins Gesicht sagen: "Wir verhindern jetzt diesen Fonds"?

Schwander Pirmin (V, SZ): Das sagen Sie jetzt, wir würden den Fonds verhindern. Wirtschaftsvertreter sagten, sie würden für diesen Fonds einstehen, sie würden diesen Fonds mit 60 bis 100 Millionen Franken alimentieren. Das ist gesagt worden, das haben sie noch nicht erfüllt. Wir lassen uns nicht erpressen und lassen uns nicht sagen, wir müssten zuerst die Vorlage genehmigen, erst dann werde bezahlt. Wir wollen jetzt Taten sehen. Das können wir auch den Opfern sagen, klipp und klar.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Wir sind hier bei der zentralen Differenz zwischen den Räten angelangt, nämlich bei der Verjährung von sogenannten Spätschäden. Spätschäden sind Schäden, die erst nach langer Zeit, lange Zeit nach dem schädigenden Ereignis, überhaupt bemerkt werden. Dabei geht es um Personenschäden. Ganz konkret geht es um Körperverletzungen und Todesfälle.

Nach geltendem Recht beträgt die Verjährungsfrist allgemein zehn Jahre ab dem Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses. Wir wissen heute, dass diese Frist in vielen Fällen viel zu kurz ist, und zwar gilt das nicht nur für Asbesterkrankungen, sondern auch für mögliche Folgen von Baumängeln oder von neuen Technologien oder Materialien. Leider, leider ist das eben nicht Schwarzmalerei, sondern es ist schmerzhafte Erfahrung, und diese Erfahrung liegt ja genau auch dieser Motion zugrunde. Ich bitte Sie: Vergessen Sie den Ursprung dieser Vorlage nicht! Der liegt über zehn Jahre zurück in einer Motion Ihrer Kommission für Rechtsfragen aus dem Jahr 2007, die den Bundesrat beauftragt hat, die Verjährungsfristen bei Spätschäden zu verlängern, und zwar aus dieser Erkenntnis heraus.

Die Verjährung dient der Rechtssicherheit und dem Rechtsfrieden. Man will irgendwann einen Schlussstrich ziehen können. Das istverständlich, vor allem aus Sicht eines potenziellen Schädigers: Der will irgendwann sicher sein, dass man ihn, auch wenn noch ein Schaden auftritt, nicht mehr belangen kann, dass er nicht mehr für die Haftung vor Gericht gezogen werden kann. Wir müssen aber auch die Sicht des potenziell Geschädigten einbeziehen und fragen, was für beide Seiten vertretbar ist, für den potenziellen Schädiger wie auch für den potenziell Geschädigten. Wo liegt der Kompromiss zwischen diesen beiden Interessen?

Schliesslich geht es in dieser Vorlage auch um das Urteil betreffend Asbest des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Dieser hat ja bekanntlich entschieden, dass das geltende Verjährungsrecht in solchen Fällen, also in einem konkreten Asbestfall, gegen das Recht auf Zugang zum Gericht verstösst.

Für den Bundesrat liegt der Kompromiss für die absolute Verjährungsfrist bei dreissig Jahren, das möchte ich hier noch einmal betonen. Dreissig Jahre – das gibt es bereits im geltenden Recht, das ist nicht eine Neuerfindung des Bundesrates, sondern das haben Sie im Gentechnikgesetz entschieden. Dort hat es Ihnen offenbar eingeleuchtet, dass man im Bereich Gentechnik eine Frist von dreissig Jahren haben muss. Sie haben sie auch bei der Kernenergie festgelegt, und Sie haben sie auch im Umweltschutzgesetz festgelegt. Eine Frist von dreissig Jahren ist, das sehen Sie, wenn Sie das international vergleichen, nicht irgendwie ein Spitzenwert, ganz und gar nicht, sondern es ist etwa allgemeiner Standard und dürfte damit auch dem Asbesturteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte genügen.

Eine solche Regelung, das wurde von Frau Nationalrätin Markwalder gesagt, knüpft nicht an eine bestimmte Technologie an, sondern sie stellt auf das Ergebnis ab, nämlich dass ein Personenschaden vorliegt. Die Regelung ist deshalb technologienneutral und damit auch zukunftsgerichtet.

Ihr Rat ist dem Bundesrat in dieser Beurteilung gefolgt und hat sich ebenfalls für die Schaffung einer besonderen absoluten Verjährungsfrist für Personenschäden ausgesprochen. Ihre Kommission möchte aber eine kürzere Frist von zwanzig Jahren. Dabei handelt es sich um einen Kompromiss zwischen der geltenden zehnjährigen Frist und dem bundesrätlichen Vorschlag von dreissig Jahren, also sozusagen um einen Kompromiss des Kompromisses.

Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen heute Festhalten an dieser Position und die Schaffung einer neuen absoluten Verjährungsfrist von zwanzig Jahren. Das haben Sie übrigens schon einmal so beschlossen.

Eine Minderheit Ihrer Kommission möchte auf die Einführung einer besonderen Verjährungsfrist bei Personenschäden ganz verzichten und beim geltenden Recht, bei zehn Jahren, bleiben. Begründet wurde der Antrag dieser Minderheit damit, dass man gesagt hat, auch mit zwanzig Jahren Verjährungsfrist könne man nicht alle Fälle erfassen. Da muss ich Ihnen sagen: Das ist schon eine spezielle Argumentation. Weil man nicht alle Fälle erfasst, macht man einfach mal gar nichts. Ich glaube, aus der Sicht von Opfern und auch von potenziellen Opfern ist das nicht ganz einfach nachzu vollziehen.

Herr Nationalrat Schwander hat jetzt ausgeführt, man würde gerne einmal den Entschädigungsfonds arbeiten lassen; ich komme nachher darauf zurück.

Diese Vorlage braucht es nicht mehr? Zunächst ist diese Vorlage keine reine Asbestvorlage – schauen Sie die in beiden Räten einstimmig angenommene Motion noch einmal an. Das war nicht eine Asbestvorlage, sondern eine Vorlage aufgrund von schmerhaften Erfahrungen, nach denen man sich eindeutig klargeworden ist, dass zehn Jahre nicht genügen.

Wenn Sie eine breitere und tiefere Diskussion führen wollen, hätten Sie das genau jetzt machen können, das war nämlich der Auftrag. Was Sie heute entscheiden, ist im Bereich der Verjährungsfrist sicher nicht Goldstandard, würde ich mal sagen, aber ein politischer Kompromiss und das, was zwischen den potenziellen Schädigern und den potenziell Geschädigten als möglicher Kompromiss akzeptiert wurde und mindestens von der Kommissionsmehrheit mitgetragen wird.

Ich möchte Sie noch einmal explizit daran erinnern, dass Sie mit dieser Vorlage an den Voraussetzungen für die Haftung nichts ändern, und diese sind streng. Wenn Sie die Verjährungsfrist auf zwanzig Jahre ansetzen, kann nicht jeder kommen und sagen, er habe auch noch ein Problem und möchte auch noch entschädigt werden. Lesen Sie noch einmal nach, was alles erfüllt sein muss, damit eine Entschädigung überhaupt infrage kommt. Wir ändern also nichts an den Voraussetzungen und auch nichts an den Entschädigungen an sich. Wir ändern allein etwas bei der Frage, wie lange jemand, der einen Personenschaden erleidet, überhaupt noch die Möglichkeit hat, vor Gericht zu gehen. Das ist das Einzige, was Sie hier ändern.

Der in der Zwischenzeit zustande gekommene Entschädigungsfonds für Asbestopfer ist erfreulich. Wenn, wie Sie es gesagt haben, Herr Nationalrat Schwander, der Appell der SVP an die Wirtschaft, diesen Fonds zu äufen, wirkt und von der Wirtschaft gehört wird, ist das sicher auch erfreulich. Aber noch einmal: Deswegen ist die Frage der Verjährung nicht vom Tisch, im Gegenteil. Die Asbestopfer haben uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass wir Opfer von Spätschäden nicht vom Zugang zu den Gerichten ausschliessen. Mit anderen Worten: Die Asbestfälle haben uns drastisch vor Augen geführt, dass unser Recht in diesem Punkt anpassungsbedürftig ist und, wie gesagt, gemäss EGMR-Urteil im Einzelfall sogar gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstösst. Gerade den Asbestopfern ist es ein Anliegen, dass wir das Verjährungsrecht für die Zukunft so verbessern, dass sich zukünftige Opfer von Spätschäden verjährungsrechtlich nicht in einer Position befinden, die derart misslich ist wie die, in der sich die Asbestopfer ohne den runden Tisch Asbest und die Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer befunden haben.

Ich komme zum Schluss: Wenn der Bundesrat ursprünglich dreissig Jahre als angemessene Lösung und als Kompromiss



zwischen den Interessen erachtet hat, dann sind zwanzig Jahre zwar weniger, aber nicht nichts. Sie sind eine Verbesserung gegenüber dem geltenden Recht. Deshalb trägt der Bundesrat auch diesen Kompromiss mit. Zwanzig Jahre ist das absolute Minimum, wenn wir Ihren ursprünglichen Auftrag und auch das Asbesturteil des EGMR gesetzlich umsetzen und damit das Verjährungsrecht verbessern wollen. Im internationalen Vergleich bleiben wir immer noch unter den allgemeinen Standards. Trotzdem ist diese Verbesserung viel wert.

Ich bitte Sie, die Kommissionsmehrheit zu unterstützen. Wir werden die Diskussion nachher im Ständerat sicher auch führen können. Wenn die übergangsrechtliche Regelung, die der Ständerat vorgesehen hatte, dann fällt, weil es jetzt ja diese Stiftung gibt, haben wir, denke ich, insgesamt die Chance, hier noch eine Vorlage zu bekommen, die etwas von dem einlöst, was Sie sich vor über zehn Jahren selber vorgenommen haben.

Markwalder Christa (RL, BE): Sie haben eben gesagt, dass man, weil man mit zwanzig Jahren nicht alle Fälle erfassen kann, einfach gar nichts mache. Sind Sie der Auffassung, dass die Stiftung EFA einfach gar nichts ist? Wir sind der Auffassung, dass diese Stiftung pragmatisch und lösungsorientiert ist und den Asbestopfern gerecht wird.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Ich habe die Argumentation der Kommissionsminderheit erwähnt, die gesagt hat, dass man, weil man mit einer Verjährungsfrist von zwanzig Jahren nicht alle Fälle lösen kann, nichts mache. Die Stiftung ist sicher ein wichtiger Beitrag für die Asbestopfer. Aber diese Vorlage haben Sie vor über zehn Jahren nicht in Auftrag gegeben, weil Sie für die Asbestopfer nur kurzfristig eine Lösung wollten. Vielmehr sind Sie sich durch die dramatische Situation von Asbestopfern bewusst geworden, dass Sie für Personen mit Spätschäden eine bessere Lösung finden müssen. Der EGMR-Entscheid ist zwar ein Entscheid in Bezug auf den spezifischen Einzelfall eines Asbestopfers. Doch Sie können davon ausgehen, dass dieser Entscheid auch mit besagt, dass der Zugang zu unseren Gerichten für Menschen, die unter körperlichen Spätschäden leiden, verbessert werden muss. Deshalb bleibt diese Vorlage ebenso wichtig wie der Entschädigungsfonds für Asbestopfer.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 13.100/16627)

Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 90 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 134 Abs. 1 Ziff. 6

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 134 al. 1 ch. 6

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 136 Abs. 4; 141 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 136 al. 4; 141 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Änderung anderer Erlasse Modification d'autres actes

Ziff. 2 Art. 21

Antrag der Mehrheit

... von zwanzig Jahren vom Tage an gerechnet, an welchem
...

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 2 art. 21

Proposition de la majorité

... par vingt ans à compter du jour où ...

Proposition de la minorité

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Übergangsbestimmung; Ziff. 4 Art. 49a

Antrag der Kommission

Streichen

Ch. 2 disposition transitoire; ch. 4 art. 49a

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Ziff. 4a Art. 60a, 98

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 4a art. 60a, 98

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 143 Abs. 4

Antrag der Mehrheit

... von zwanzig Jahren vom Tage an gerechnet, an welchem

...

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 7 art. 143 al. 4

Proposition de la majorité

... par vingt ans à compter du jour où ...

Proposition de la minorité

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 8 Art. 65 Abs. 2

Antrag der Mehrheit

... von zwanzig Jahren vom Tage an gerechnet, an welchem

...

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 8 art. 65 al. 2*Proposition de la majorité**... par vingt ans à compter du jour où ...**Proposition de la minorité*(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. 18 Art. 19 Abs. 2***Antrag der Mehrheit*

Die Ersatzansprüche verjähren nach Artikel 60 des Obligationenrechts. Der Bundesrat kann für einzelne Forschungsbereiche eine längere Frist festlegen.

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 18 art. 19 al. 2*Proposition de la majorité*

Le droit à l'indemnisation des dommages se prescrit selon l'article 60 du code des obligations. Le Conseil fédéral peut fixer un délai supérieur pour certains domaines de la recherche.

Proposition de la minorité

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. 21 Art. 60 Abs. 2***Antrag der Mehrheit*

... von zwanzig Jahren vom Tage an gerechnet, an welchem ...

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 21 art. 60 al. 2*Proposition de la majorité**... par vingt ans à compter du jour où ...**Proposition de la minorité*

(Nidegger, Egloff, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité*

17.038

**Bundesgesetz
über das Internationale Privatrecht.****11. Kapitel: Konkurs
und Nachlassvertrag****Loi sur le droit international privé.****Chapitre 11: Faillite et concordat****Zweitrat – Deuxième Conseil**

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.17 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 07.03.18 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 13.03.18 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 15.03.18 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 16.03.18 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 16.03.18 (Schlussabstimmung – Vote final)

Flach Beat (GL, AG), für die Kommission: Es geht in dieser Vorlage um eine Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG) und das dort geregelte Vorgehen bei grenzüberschreitenden Konkursverfahren. Genauer gesagt, geht es darum, wie ein Gläubiger seine Forderungen in einem grenzüberschreitenden Verfahren durchsetzen kann.

Wir sind Zweitrat, und Ihre Kommission hat das Geschäft am 25. Januar 2018 beraten. Eintreten war unbestritten.

Das geltende Recht über das Verfahren von grenzüberschreitenden Konkursverfahren und deren Anerkennung ist rund dreissig Jahre alt. Seither hat sich vieles verändert, und die geltenden Regelungen stimmen nicht mehr mit der Realität international tätiger Unternehmungen überein. Das betrifft auch die Anerkennung von ausländischen Konkursverfahren in der Schweiz. Mit der Revision sollen rechtliche und bürokratische Hürden abgebaut und damit Konkurs- und Sanierungsverfahren vereinfacht werden. Viele Staaten haben in den letzten Jahren ihr internationales Insolvenzrecht modernisiert und an die wirtschaftlichen Veränderungen angepasst. Wir haben das bisher nur im Bereich der Bankeninsolvenzen getan und dort in den Jahren 2004 und 2012 Vereinfachungen eingeführt, die sich bewährt haben und nun auch für die übrigen Verfahren Anwendung finden sollen. Auch die schweizerischen Unternehmen und Konzerne haben häufig Gesellschaften im Ausland, das Thema kann also auch Schweizer Unternehmen betreffen.

Im Detail geht es um Folgendes: Heute werden nur Verfahren aus Staaten anerkannt, die selbst Schweizer Konkursverfahren anerkennen würden. Dieses Gegenrechtserfordernis ist teuer, kompliziert und ineffizient. Denn der Nachweis des Gegenrechts ist nicht immer einfach, kann mehrfach zu Verzögerungen führen oder eben zur Nichtanerkennung einer geöffneten Forderung. Dieses Gegenrechtserfordernis war einmal dafür gedacht, andere Staaten zu animieren, ihr internationales Insolvenzrecht für Forderungen aus dem eigenen Staat zu öffnen. Es hat sich aber als wenig hilfreich erwiesen und führt heute vor allem zu unnötigen Verzögerungen. Mittlerweile verzichten viele, insbesondere die für uns wirtschaftlich besonders wichtigen europäischen Staaten ganz darauf. Das Gegenrechtserfordernis bietet keinen Schutz vor missbräuchlich eröffneten Konkursverfahren.

Mit dieser Modernisierung verzichten wir in Zukunft auch darauf und verschlanken damit die Verfahren. Die Verweigerungsgründe nach Artikel 27 IPRG bleiben aber bestehen. Das heißt, es können zum Beispiel keine Entscheide anerkannt werden, die gegen unseren Ordre public verstossen oder gegen andere Bestimmungen, die in Artikel 27 IPRG aufgeführt sind.

Weiter wird nach unserem geltenden Recht das sogenannte Comi-Verfahren – "Comi" steht für "centre of main interest" – nicht anerkannt. Unser Recht anerkennt nur ein Verfahren, das dort eröffnet wird, wo der Schuldner seinen statu-

